Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3254

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 176. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 1. April 1965 177. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 2. April 1965

I. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

Abgeordneter **Balkenhol**

Ist die Bundesregierung bereit, sich erneut mit dem Verbindungsstab für die britischen und kanadischen Streitkräfte ins Benehmen zu setzen, um den seit zwei Jahren laufenden Antrag auf Weiterführung des Steinbruchbetriebs im Lohner Klei — im Schutzbereich der kanadischen Verteidigungsanlage des Fort Champly bei Soest — zur Entscheidung zu bringen?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

II. 1. Abgeordneter **Strohmayr**

Aus welchen Gründen hat das Bundeswohnungsministerium die finanzielle Förderung von Bauleitplänen nach dem Bundesbaugesetz in ländlichen Gebieten eingestellt?

II. 2. Abgeordneter **Fritsch**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um weitere Preissteigerungen für Grund und Boden zu verhindern?

III. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

III. 1. Abgeordneter **Biechele**

Ist die Bundesregierung in der Lage, einen genaueren Termin für die Vorlage der am 20. November 1964 durch Vertreter der beiden Regierungen unterzeichneten Verträge über die Einbeziehung der Gemeinde Büsingen in das schweizerische Zollgebiet und über die Bereinigung der Grenze im Abschnitt Konstanz-Neuhausen am Rheinfall an die deutschen gesetzgebenden Körperschaften zur parlamentarischen Behandlung zu benennen, nachdem in der Fragestunde der 140. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. Oktober 1964 diese Vorlage „alsbald nach der Unterzeichnung" zugesagt wurde?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III.	2. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Teilt die Bundesregierung die in der Presse vertretene Auffassung, daß die sowjetisch-französischen Abmachungen über die Einführung des Farbfernsehens einen Affront für alle übrigen Nationen bedeuten, die dem Beratenden Gremium des Weltnachrichtenvereins angehören?
III.	3. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Ist die französische Regierung vor Abschluß der Vereinbarungen mit der Sowjetunion über die Einführung des Farbfernsehens an die Regierung der Bundesrepublik herangetreten, etwa im Sinne der Konsultationen nach dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag?
III.	4. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Wie beurteilt die Bundesregierung die Folgen der französisch-sowjetischen Vereinbarungen im Hinblick auf die Einführung des Farbfernsehens in Europa?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

IV.	1. Abgeordneter **Gscheidle**	Beabsichtigt die Bundesregierung, bei der in Aussicht genommenen Überarbeitung der Beihilfevorschriften die schuldlos geschiedenen Ehefrauen von früheren Angehörigen des öffentlichen Dienstes wieder als beihilfeberechtigt in die Vorschriften aufzunehmen?
IV.	2. Abgeordneter **Gscheidle**	Wann beabsichtigt die Bundesregierung, das Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge nach § 160 Abs. 4 Bundesbeamtengesetz durch Rechtsverordnung zu regeln?
IV.	3. Abgeordneter **Dröscher**	Hat die Bundesregierung, als sie in den Verhandlungen mit dem Bundesrat den Kostenersatz für die Fernmeldeeinrichtungen des LS-Warndienstes ablehnte, die häufig sehr schlechte Finanzlage der kleineren Landgemeinden bedacht, denen nun eine neue, aus der Landesverteidigung herrührende Belastung auferlegt wird, ohne daß hierfür Einnahmen vorhanden sind?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

V.	1. Abgeordneter **Dröscher**	Wird die Bundesregierung prüfen, wie es dazu kommen konnte, daß der Fall des US-Soldaten Jennings in Baumholder nicht vor einem deutschen Gericht, sondern vor einem US-Militärgericht verhandelt und der Soldat freigesprochen wurde, obwohl er nachweislich einen deutschen Taxifahrer mit der Waffe angriff und dadurch dessen schwere Körperverletzung verursachte?

V.	2. Abgeordneter **Dr. Schneider (Saarbrücken)** *)	Sind der Bundesregierung die Dokumentationen über Morde, Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Millionen Deutschen bekannt, die im Jahre 1945 in der Tschechoslowakei begangen worden sind?
V.	3. Abgeordneter **Dr. Schneider (Saarbrücken)** *)	Ist die Bundesregierung bereit, eine Zusammenstellung der in Frage V/2 genannten Dokumentationen an die Tschechoslowakei zu übergeben mit dem Antrag, die Schuldigen in gleicher Weise zu bestrafen, wie dies im umgekehrten Fall in der Bundesrepublik geschieht?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VI.	1. Abgeordneter **Strohmayr**	Teilt die Bundesregierung die Besorgnis, daß der Ausrichtungs- und Garantiefonds der EWG zu einem „Juliusturm" aufgebläht werden kann, wenn vom 1. Juli 1967 an nicht nur die Abschöpfung aus der Agrareinfuhr von Drittländern, sondern auch die Zölle aus gewerblichen Importen in den Fonds fließen?
VI.	2. Abgeordneter **Strohmayr**	Besteht Aussicht für eine Lösung, die sicherstellt, daß die Bundesrepublik in einem angemessenen Verhältnis Leistungen aus dem Ausrichtungs- und Garantiefonds der EWG erhält, den sie ab 1967 zu 35 bis 44 Prozent speisen dürfte?
VI.	3. Abgeordneter **Wendelborn**	Besteht nicht die Möglichkeit, Fahrzeuge, die sich auf Grund ihrer speziellen Einrichtungen lediglich für das Schaustellergewerbe eignen, wie z. B. Fahrzeuge für den Transport von Raubtieren usw., von der Kraftfahrzeugsteuer zu befreien, auch wenn es sich hierbei um Fahrzeuge handelt, die mit mehr als 20 km/h fahren können?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VII.	1. Abgeordneter **Matthöfer**	Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des DGB, dem Sachverständigenrat ein Höchstmaß an Informationsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, insbesondere durch die Einrichtung einer detaillierten Einkommensstatistik über den Bereich der „Einkommen aus unselbständiger Arbeit" hinaus?
VII.	2. Abgeordneter **Matthöfer**	Hält die Bundesregierung eine Aufgliederung der Gewinne nach Branchen, Unternehmensgrößen, Unternehmensformen und nach der personellen Verteilung für möglich und für zweckmäßig?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

VII.	3. Abgeordneter **Matthöfer**	Hält die Bundesregierung den Nachweis der „unsichtbaren Bezüge" der Unternehmer und Selbständigen (z. B. Betriebsentnahmen, verbilligte Sachbezüge, Nutzung von Betriebsanlagen für private Zwecke u. ä.) für möglich und zweckmäßig?
VII.	4. Abgeordnete **Frau Meermann**	Trifft es zu, daß das Bundeswirtschaftsministerium eine Kabinettsvorlage ausgearbeitet hat, in der die Verbilligung von Kapitalmarktmitteln durch die öffentliche Hand, u. a. auch im Wohnungsbau, begrenzt werden soll?
VII.	5. Abgeordneter **Höhmann (Hessisch Lichtenau)**	Wie beurteilt die Bundesregierung die Bemühungen um Betriebsansiedlungen im Zonenrandgebiet im Zeitraum von 1961 bis 1963?
VII.	6. Abgeordneter **Höhmann (Hessisch Lichtenau)**	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Betriebsumsiedlungen aus den Ballungsräumen in das Zonenrandgebiet zu lenken?
VII.	7. Abgeordneter **Höhmann (Hessisch Lichtenau)**	Wie erklärt sich das Mißverständnis zwischen Betriebsansiedlungen in den sogenannten Ausbaugebieten und dem Zonenrandgebiet?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

VIII.	1. Abgeordneter **Dr. Mommer**	Was tut die Bundesregierung gegen die drohende Brotpreiserhöhung?
VIII.	2. Abgeordneter **Müller (Worms)**	Trifft es zu, daß unter den zur sogenannten Wälzung kommenden Getreidebeständen der Einfuhr- und Vorratsstelle sich Ware befindet, die länger als 10 Jahre gelagert hat?
VIII.	3. Abgeordneter **Müller (Worms)**	Ist es zutreffend, daß die Einlagerungskosten für die in Frage VIII/2 genannten Getreidebestände sich auf etwa 500 DM pro Tonne belaufen?
VIII.	4. Abgeordneter **Müller (Worms)**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um Vorkommnisse wie das in Frage VIII/2 erwähnte für die Zukunft auszuschalten?
VIII.	5. Abgeordneter **Logemann**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß unter Umgehung des Einfuhrverbots für Speisekartoffeln zwischen dem 1. Mai und 11. August 1964 geschälte Speisekartoffeln, die mit Chemikalien behandelt waren, eingeführt wurden?
VIII.	6. Abgeordneter **Logemann**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit zukünftig die Einfuhrsperre auch auf geschälte Speisekartoffeln ausgedehnt wird?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

IX.	1. Abgeordneter **Fritsch**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß Wehrpflichtige, die beim Bundesgrenzschutz Ersatzdienst leisten, für die Zeit dieses Ersatzdienstes nicht der Versicherungspflicht gemäß § 56 Abs. 2 AVAVG unterliegen und dadurch gegenüber anderen Wehrpflicht- oder Ersatzdienstleistenden benachteiligt sind?
IX.	2. Abgeordneter **Faller**	Bis wann wird das am 25. Februar 1964 in Freiburg unterzeichnete deutsch-schweizerische Abkommen über soziale Sicherheit dem Bundestag zur Ratifikation vorgelegt werden?
IX.	3. Abgeordneter **Faller**	Konnte die Frage des Kindergeldes für Grenzgänger in dem in Frage IX/2 genannten Abkommen befriedigend geregelt werden?
IX.	4. Abgeordneter **Faller**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß von den Bediensteten der Deutschen Schlaf- und Speisewagengesellschaft Arbeitszeiten verlangt werden, die das zulässige Maß weit übersteigen und die gegen die Gewerbeordnung verstoßen?
IX.	5. Abgeordneter **Fritsch**	Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, daß in Anwendung des § 73 Abs. 3 BVG und den hierzu ergangenen Verwaltungsvorschriften die Antragsteller auf Kapitalabfindung in Ablehnungsfällen oft davon Kenntnis erhalten, daß sie nach versorgungsärztlicher Meinung keine 10 Jahre mehr leben werden?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

X.	1. Abgeordneter **Josten**	Trifft es zu, daß die Bundesstraße 9 zwischen Remagen und Oberwinter in den nächsten acht Jahren keine Änderung erfahren soll?
X.	2. Abgeordneter **Josten**	Ist die Bundesregierung bereit, in jedem Falle den Engpaß am Apollinarisberg in Remagen an der Bundesstraße 9 durch Verbreiterung der Fahrbahn baldmöglichst zu beseitigen?
X.	3. Abgeordneter **Sänger**	Ist die Bundesregierung bereit, bei der Deutschen Bundesbahn dahin zu wirken, daß die mit Einführung des Sommerfahrplans 1965 beabsichtigte Einschränkung im Bundesbahnverkehr auf der Strecke Lübeck—Lüneburg unterbleibt?

X.	4. Abgeordneter **Storm**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß entgegen den Verlautbarungen des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, den Schienenverkehr im Zonenrandgebiet nicht einzuschränken, die Bundesbahn dennoch zwei Zugpaare von Neustadt nach Heiligenhafen-Puttgarden im Sommerfahrplan ausfallen lassen will?
X.	5. Abgeordneter **Storm**	Hält die Bundesregierung das Ausfallen von zwei Zugpaaren von Neustadt nach Heiligenhafen-Puttgarden für gerechtfertigt, obwohl das Wirtschaftsministerium in Kiel und die Industrie- und Handelskammer in Lübeck schwere Bedenken dagegen geäußert haben?
X.	6. Abgeordneter **Storm**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei einer Verlagerung des Personenverkehrs auf die Straße B 207 / E 4, die im Sommer durch den Skandinavienverkehr und den Ostsee-Bäderverkehr sowieso stark überlastet ist, durch zusätzliche Buslinien für die Reisenden eine unerträgliche Belastung dadurch entsteht, daß die Busse durch Straßenverstopfungen insbesondere im Raume Neustadt die Anschlußzüge in Neustadt nicht erreichen?
X.	7. Abgeordneter **Wendelborn**	Hält die Bundesregierung es im Interesse eines gleichmäßigen Verkehrsflusses noch für zeitgemäß, die Fahrzeuge des Schaustellergewerbes nur dann von der Kraftfahrzeugsteuer zu befreien, wenn diese hinter einer Zugmaschine mit einer Geschwindigkeit von nicht mehr als 20 km/h gefahren werden?
X.	8. Abgeordneter **Dröscher**	Ist die Bundesregierung bereit, den Ausbau der B 41 im Raum Idar-Oberstein / Birkenfeld und deren Anschluß an die Bundesfernstraße Landau — Trier angesichts der starken Inanspruchnahme der öffentlichen Straßen durch alliierten und deutschen Militärverkehr stärker zu unterstützen als bisher mit dem Ziel, daß neben der im Bau befindlichen Umgehungsstraße Idar-Oberstein auch die Umgehung Weierbach — Nahbollenbach und das erforderliche Teilstück der B 408 so schnell in Angriff genommen werden können, wie das der Stand der Vorbereitungen und die Kapazität der Bauwirtschaft zulassen?
X.	9. Abgeordneter **Flämig**	Inwieweit liegt die Trassenführung der neuen Bundesautobahn Gießen — Seligenstadt im Raume des Landkreises Hanau in der Planung schon fest?
X.	10. Abgeordneter **Flämig**	Ist es möglich, die Trasse Gießen — Seligenstadt so zu führen, daß das Waldgebiet der Bulau, das durch militärische Lagerstätten, Industriebetriebe und Verkehrseinrichtungen in den letzten Jahren ohnehin empfindlich eingeengt wurde, nicht abermals durchschnitten wird?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XI. 1. Abgeordneter **Ritzel**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den für das Fernsehen noch unerschlossenen und damit noch unterentwickelten Gebieten eine ausreichende Förderung angedeihen zu lassen?

XI. 2. Abgeordneter **Ritzel**

Ist die Bundesregierung bereit, den Bau von Gemeinschaftsantennenanlagen für den Fernsehempfang in den noch unerschlossenen Gebieten finanziell zu fördern?

XI. 3. Abgeordneter **Dr. Hauser**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Gemeinden des hinteren Murgtals im Landkreis Rastatt (Baden) mit einer Bevölkerung von rund 10 000 bis 12 000 Seelen das 2. Fernsehprogramm überhaupt nicht, ja teilweise sogar das 1. Fernsehprogramm nur sehr schlecht empfangen können und der auf dem Merkur bei Baden-Baden vorgesehene Umsetzer diese Gemeinden nicht erreicht?

XI. 4. Abgeordneter **Dr. Hauser**

Beabsichtigt die Bundesregierung, in aller Bälde den in Frage XI/3 geschilderten beklagenswerten Mißstand zu beheben und auf einem günstigen Punkt — es wurde etwa der Vorschlag gemacht, die „Hohe Schar" gegenüber Au (Murgtal) auszuwählen — einen Fernseh-Frequenzumsetzer zu erstellen, der sodann die gesamten in Frage stehenden Gemeinden gut erreichen könnte?

XI. 5. Abgeordnete **Frau Haas**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche National-Zeitung zur Zeit Abonnentengebühr durch Posteinzug eintreiben läßt, nachdem sie einige Probenummern in die Hausbriefkästen verteilen ließ?

XI 6. Abgeordnete **Frau Haas**

Teilt die Bundesregierung meine Ansicht, daß die Deutsche National-Zeitung mit der in Frage XI/5 geschilderten Methode kein anderes Ziel verfolgt, als den arglosen Staatsbürger als Leser und Abonnenten zu werben, zumal aus der Posteinzugskarte nicht hervorgeht, um welche Zeitung es sich handelt, und er das erst nach Rückfrage beim zuständigen Postamt erfahren kann?

XI. 7. Abgeordnete **Frau Haas**

Sollte der Posteinzug von Zeitungsgebühren nicht nur auf die Fälle beschränkt bleiben, bei denen der Empfänger durch seine Unterschrift den Zeitungsbezug bestätigt hat, und nicht, wie im Falle der Frage XI/5, ohne seine Zustimmung durch die Posteinzugskarte als Abonnent adressiert und deklariert wird?

XI. 8.	Abgeordneter **Bausch**	Worin liegt die Ursache dafür, daß die vor kurzem von der Deutschen Bundespost herausgegebenen Sonderbriefmarken zum Gedächtnis von Matthias Claudius so rasch ausverkauft waren, daß heute bei den Postämtern nicht ein einziges Exemplar dieser Briefmarke erhältlich ist?
XI. 9.	Abgeordneter **Bausch**	Wenn die von den Postämtern geäußerte Vermutung zutrifft, daß der größte Teil der Auflage der Sonderbriefmarken zum Gedächtnis von Matthias Claudius von einem Briefmarkenhändler aufgekauft worden ist: was gedenkt der Bundespostminister zu unternehmen, um diesen Briefmarkenspekulanten das Handwerk zu legen und die Rechte der ehrlichen Kunden der Bundespost zu sichern?
XI. 10.	Abgeordneter **Bausch**	Ist der Bundespostminister bereit anzuordnen, daß unverzüglich eine Neuauflage der Briefmarke zum Gedächtnis an den Wandsbecker Boten Matthias Claudius gedruckt wird?

Bonn, den 26. März 1965